

Auf Zypern droht jetzt ein Euro-Schwarzmarkt

Die Wiedereröffnung der Banken ist zwar vorerst geglückt. Doch Beschränkungen des Geldverkehrs könnten neue Probleme bringen

ANNE KUNZ

Die Ängste waren groß: Sparer, die in Scharen zu den Bankfilialen strömten, lange Schlangen vor den Geldautomaten, nicht ausreichend Bargeld, um alle zu versorgen, dann Panik. Am Donnerstagmittag kam die Entwarnung für den Euro-Inselstaat Zypern: Zwar waren die Schlangen bei der Wiedereröffnung der Banken nach fast zweiwöchiger Zwangspause etwas länger als in normalen Zeiten, aber einen Bank-Run gab es wahrlich nicht.

Doch so ganz traut die Regierung dem Frieden noch nicht. Sie beharrt deshalb fürs erste auf Kapitalverkehrskontrollen, um den Abfluss von Kundeneinlagen zu begrenzen. Zyperer können nur 300 Euro pro Tag bar abheben. Geldtransfers und Überweisungen ins Ausland sind nur dann möglich, wenn sie für den Handel zwischen Unternehmen nötig sind und dann auch nur mit Erlaubnis der Zentralbank. Darüber hinaus dürfen Termin- und Festgelder nur noch in bestimmten Fällen aufgelöst werden. Dadurch ist der Euro auf Zypern viel weniger liquide und auch weniger wert als anderswo. „Mit den Kapitalverkehrskontrollen ist Zypern faktisch temporär aus der Währungsunion ausgetreten“, sagt der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger der „Welt“.

Die Gefahr ist, dass eine Art „Schwarzmarkt“ innerhalb der Euro-Zone entsteht. Zypriische Geschäftsleute könnten sich im Ausland Strohmänner suchen, die für sie Rechnungen begleichen und dann im Gegenzug „Zypern-Euro“ bekommen – mit einem wahrscheinlich hohen Aufschlag. So ein Geschäft kann trotzdem noch lukrativ sein, wenn beispielsweise millionenschwere Zahlungen dringend geleistet werden müssen und nicht auf eine Genehmigung der Zentralbank gewartet werden kann, weil sonst ein Lieferant abspringt.

Je länger die Kapitalverkehrskontrollen den freien Fluss der Währung behindern, desto weniger kann Zypern auch deren Folgen meistern, sind sich die Experten einig: „Man darf Zypern jetzt nicht in einer rechtlichen Grauzone belassen, was die Kontrolle der Kapitalströme anbelangt“, warnt etwa Sassan Ghahramani, der mit seiner Firma SGH Macro Advisors unter anderem Hedgefonds berät. „Ich denke, es kann nur um maximal ein paar Wochen gehen. Dauert es länger, wird das zu einem echten Problem.“

„Ich halte die Entscheidung für Kapitalverkehrskontrollen für einen Fehler. Besser wäre es, bei der Restrukturierung von Banken die Verluste voll von den Anlegern tragen zu lassen. Die restrukturierte Bank ist dann solvent und kann von der EZB Kredit erhalten, selbst



Dieser Zyperer hat Geld abgehoben – doch der befürchtete Bank-Run ist ausgeblieben

PORTUGAL: REGIERUNG FÜRCHTET SPARPLAN-URTEIL

Der portugiesische Ministerpräsident Pedro Passos Coelho sieht einem Zeitungsbericht zufolge seine Regierung in Gefahr, sollte **das Verfassungsgericht Teile der jüngst beschlossenen Sparmaßnahmen für unrechtmäßig erklären**. Es sei unwahrscheinlich, dass die Regierung Alternativen zu den beschlossenen Maßnahmen finden werde, zitierte die Zeitung „Publico“ Äußerungen des liberal-konservativen Politikers vor Vertretern seiner Partei. Ein Regierungssprecher wollte sich nicht zu dem Bericht äußern. Am Mittwoch hatte Passos Coelho vor Journalisten eine Vorhersage über den Ausgang des Gerichtsverfahrens verweigert. Das Verfassungsgericht prüft derzeit den Haushaltsentwurf für das

laufende Jahr. Dieser sieht massive Steuererhöhungen sowie Kürzungen bei Renten, Gehältern und Sozialleistungen vor. Dadurch werden nach Ansicht verschiedener Oppositionsparteien Arbeitnehmerrechte verletzt. Betroffen von dem Verfahren sind **rund zwei Milliarden Euro des insgesamt fünf Milliarden Euro umfassenden Austeritätsprogramms** in dem kriselnden Euro-Mitgliedsland. Portugal befindet sich in einer schweren Rezession und hat sich wegen seiner Finanzprobleme unter den EU-Rettungsschirm geflüchtet. Die Hilfskredite waren unter der Auflage gewährt worden, dass die Regierung die umstrittenen Sparmaßnahmen umsetzt.

wenn die Einleger ihr Geld abziehen“, sagt Hans-Peter Grüner von der Uni-Mannheim der „Welt“

Das Problem der Kapitalverkehrskontrollen ist, dass sie – genau wie die zunächst angestrebte Besteuerung von Guthaben unter 100.000 Euro – Anlegern in anderen Ländern signalisieren, dass es besser sein kann, ihr Geld ebenfalls abziehen. „Investoren in Peripheriestaaten wie Spanien oder Italien werden ihr Geld abziehen und es lieber in sicheren Häfen – wie etwa Deutschland – anlegen. Mit der Konsequenz, dass hierzulande die Targetforderungen erneut steigen“, sagt Wirtschaftsweisen Bofinger.

Harald Uhlig, Professor für Makroökonomie in Chicago, sagte dieser Zeitung: „Die Kapitalverkehrskontrollen erhöhen das Leid und Misstrauen der Bevölkerung und schaden der zypriischen Wirtschaft“, sagt Uhlig. „Die Begrenzungen scheinen mir höher als rein technischer Natur. Das deutet daraufhin, dass die Probleme eben doch noch tiefer sitzen und man sich durchmogeln will. Das wäre ein Riesenfehler. Wenn das hochgeht, gibt es möglicherweise schwere Probleme im Rest des Euroraums, aufgrund des Vertrauensverlusts.“

Zypern will die Kapitalverkehrskontrollen länger aufrechterhalten als zunächst erwartet. Außenminister Ioannis Kasoulides sagte in Nikosia, die neuen Regelungen könnten laut einer Bewertung der Zentralbank wohl erst in einem Monat vollständig wieder aufgehoben werden. Ursprünglich sollten die Einschränkungen nur bis Mittwoch gelten.

Wie schwer es ist, Kapitalverkehrskontrollen abzuschaffen, zeigt das Beispiel Island. Dort gelten seit dem Spätherbst 2008, also seit mehr als vier Jahren, Restriktionen – und ein Ende ist nicht in Sicht. Allerdings hat die Vulkaninsel im hohen Norden ihre eigene Währung. Ein Zypern, sei es auch ein noch so kleiner Teil der Währungsunion, auf Sicht ohne freien Kapitalverkehr mag sich niemand vorstellen.

Jörg Krämer, Chefvolkswirt bei der Commerzbank, ist optimistisch, dass Zypern schon bald ohne Kapitalverkehrskontrollen auskommt: „Durch den Kompromiss mit der Staatengemeinschaft wird die Kapitalkraft der zypriotischen Banken wieder hergestellt“, sagt er der „Welt“. „Das erlaubt es der EZB, die Banken dort weiter mit Liquidität zu versorgen. Das ist mein Hauptargument dafür, dass die zypriotischen Banken den Ansturm ihrer Kunden aushalten werden, wenn die Regierung die Kapitalverkehrskontrollen aufhebt.“

Gestern teilte der zypriische Arbeitsminister, Charis Georgiades, im Fernsehen mit, dass Zypern der Arbeitsgruppe der Eurogruppe bis zum 4. April ein umfassendes und mit den Geldgebern vereinbartes Sparprogramm präsentieren wird. Nur so könne der Prozess der Billigung durch die Parlamente der Eurozone in Gang gesetzt werden. Zypern soll mit zehn Milliarden Euro unter die Arme gegriffen werden.

Aus Solidarität mit seinen Landsleuten kürzte Präsident Nikos Anastasiades sein Gehalt um 25 Prozent. Das Gehalt der Kabinettsminister sollte um 20 Prozent fallen. In einer Erklärung bedankte er sich bei seinem Volk für „die Reife und den Geist der Verantwortung, die es in einer für die Stabilität der zypriischen Wirtschaft kritischen Zeit gezeigt hat.“